



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

44. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600, 14/5200 (Ergänzung)

Vorlagen 14/1220, 14/1321
Zuschrift 14/1138

- **Fortsetzung der Einzelberatung** der Haushaltsansätze in Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**2 Gesetz zur Regelung der Berufsanerkennung EU- und
Drittstaatenangehöriger für den Bereich der nichtakademischen
Heilberufe und zur Änderung anderer Gesetze und Verordnungen 11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4324

Vorlage 14/1398

Stellungnahmen 14/1458, 14/1467, 14/1468, 14/1472, 14/1489, 14/1498,
14/1499 14/1531, 14/1532

Zuschriften 14/943, 14/944, 14/1301, 14/1146, 14/1133, 14/1139

Information 14/545

Ausschussprotokoll 14/496

- Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 10. Oktober 2007
- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschluss-
empfehlung an das Plenum

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Änderungsantrag der Fraktion der SPD ab, Art. 1 Nr. 1 ersatzlos zu streichen.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen Ziffer 1 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen Ziffer 2 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen Ziffer 3 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Grünen Ziffer 4 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen die von der SPD-Fraktion in ihrem Änderungsantrag vorgeschlagene Einfügung des Satzes „Kinder und Jugendliche sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen“ ab.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen Ziffer 5 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4324 unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge an.

3 Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes und Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes

17

Vorlage 14/1291

– Anhörung des Ausschusses

Die Anhörung des AGS-Ausschusses zu der neuen Rechtsverordnung gemäß Vorlage 14/1291 ist erfolgt.

4 Gesetz zur Auflösung des Landesversicherungsamtes Nordrhein-Westfalen

18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4987

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum am 7. November 2007 durchzuführen.

5 Schulden durch Energiekosten – Energiesparen muss allen möglich sein 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4474

6 Privatsphäre von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen – Bundesratsinitiative für ein Verbot von Telefonwerbung! 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5020

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz weiterzuleiten.

7 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW) 23

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Vorlage 14/1270

Stellungnahmen 14/1214, 14/1376, 14/1430, 14/1437, 14/1438, 14/1439,
14/1446, 14/1448, 14/1449

Ausschussprotokoll 14/489

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Grünen Drucksache 14/4236 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

8 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4486 ohne Votum an den federführenden Hauptausschuss weiterzuleiten.

9 Kinderarmut bekämpfen – Kinderarmut verhindern 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4473

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/4473 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

10 Die Regelschule ist der erste Förderort – Gemeinsamen Unterricht gewährleisten 31

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4860

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/4860 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

11 Verschiedenes 33

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Ausschuss** setzt auf Wunsch von Barbara Steffens (GRÜNE) die Punkte „Präventionskonzept für den Gesundheitsbereich in NRW geschlechtergerecht gestalten!“ und „Junge Frauen in Berufe mit Zukunft“ mit Blick auf weitergehende Anträge im federführenden Ausschuss für Frauenpolitik von der Tagesordnung ab.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600, 14/5200 (Ergänzung)

Vorlagen 14/1220, 14/1321
Zuschrift 14/1138

Fortsetzung der Einzelberatung der Haushaltsansätze in Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Politikfeld Soziales

Kapitel 11 041 – Sozialpolitische Maßnahmen

Norbert Killewald (SPD) erinnert in Anbetracht der von der Regierung beabsichtigten Einstellung der Glücksspieleinnahmen in den Haushalt an einen Vertrag zwischen dem Land und den Zuwendungsempfängern aus den 90er-Jahren, wonach die Zuwendungen an verschiedene Empfänger gebunden seien. Es interessiere, welcher Verteilschlüssel gewählt werde, wie das Ministerium auf einen möglichen Einnahmerückgang reagieren wolle und wie die subsidiären Aufgaben sichergestellt würden, wenn künftig sämtliche Einnahmen in einen Topf geworfen würden. Eine Möglichkeit bestünde darin, die Verteilung auf der Basis des Jahres 2005 vorzunehmen.

Barbara Steffens (GRÜNE) äußert zum gleichen Themenkomplex, dass die Verteilung der Einnahmen aus den verschiedenen Glücksspielen auf bestimmte Bereiche bisher genau geregelt gewesen sei und es bei einer Poolbildung der Glücksspieleinnahmen demnächst Gewinner und Verlierer geben werde. Anhand von Zahlenbeispielen sollte geklärt werden, welche Destinatäre infolge von Einnahmeverlusten weniger bekämen und welche von Einnahmezuwächsen profitieren würden, wenn es bei der bisherigen Vorgehensweise bliebe. Dem Vernehmen nach würde bei der Ein-

Topf-Lösung der soziale Bereich verlieren und die Bereiche Sport und Kultur gewinnen.

MDgt Hans Lauf (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) antwortet, das künftige Verfahren sei auf Seite 11 der Ergänzungsvorlage unter der Überschrift „Neuverteilung von Lotterieverträgen, die zweckgebunden verausgabt werden“ beschrieben. Dem entspreche die in Anlage 1 der Ergänzungsvorlage enthaltene defensiv berechnete Kalkulation. Sollten die dort aufgeführten Summen entgegen der festen Annahme nicht eingenommen werden, sei die Verausgabung der Mittel entsprechend dem vorgegebenen Verteilschlüssel zu senken.

Norbert Killewald (SPD) möchte dieses Thema in einem gesonderten Termin vertiefend erörtern. Hinweise auf Seite 11 und Anlage 1 der Ergänzungsvorlage reichten nicht. Noch immer sei unklar, welches Jahr zur Grundlage genommen werde, um für Ruhe in der Trägerschaft zu sorgen, wie Frau Steffens dies angesprochen habe.

Minister Karl-Josef Laumann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) bietet an, die Sachlage auf Wunsch in Ruhe in einem gesonderten Termin mit jeweils einem oder zwei Mitgliedern der Fraktionen, Herrn Lauf und gegebenenfalls einem Vertreter des Finanzministeriums zu klären. Alle Abgeordneten müssten die Möglichkeit erhalten, die offensichtlich sehr komplizierten Vorgänge nachzuvollziehen. Es gebe da nichts zu verbergen.

Er nehme dieses gute, praktikable Angebot namens des Ausschusses an, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**. Das Ausschusssekretariat werde einen solchen Termin koordinieren.

Kapitel 11 320 – Versorgungsverwaltung

Norbert Killewald (SPD) erkundigt sich, wie die Landesregierung die nach Aussagen des Landesrechnungshofs zu erwartenden Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Dezentralisierung der Aufgaben der Versorgungsverwaltung auffangen wolle.

MDgt Hans Lauf (MAGS) erklärt, die Kosten würden 1:1 übergeben. Die Integration der Aufgaben der Versorgungsverwaltung in die Kommunen lasse Synergien erwarten. Der Landesrechnungshof habe seinem Bericht andere Werte zugrunde gelegt. Die Ausgangsbasis sei nun eine völlig andere.

Kapitel 11 330 – Versorgungsämter des Landes NRW

(Keine Wortmeldungen)

Kapitel 11 340 – Versorgungskuranstalt Eggeland

Als Ostwestfale, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**, interessiere ihn der aktuelle Stand der Bemühungen, den Bestand der Kurklinik Eggeland zu sichern, was wegen der bevorstehenden Auflösung der Versorgungsämter sicher schwierig sei. Ein früheres Haushaltsbegleitgesetz habe die Ermächtigung enthalten, sich von dieser Klinik zu trennen.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) antwortet, das Problem des Landes im Zusammenhang mit dieser Klinik bestehe nicht in der Auflösung der Versorgungsämter, sondern in der Übernahme der durch unzureichende Belegung hervorgerufenen großen Defizite. Der Bundeszuschuss richte sich nach einer bestimmten Quote von Menschen, die im Rahmen der Kriegsopferfürsorge rehabilitiert würden. In Nordrhein-Westfalen lebten noch ungefähr 300.000 mittlerweile hochbetagte Menschen, die im Zweiten Weltkrieg zu Schaden gekommen seien. Wenn diese Klientel wegfalle und damit die Quote unterschritten werde, steige der Bund aus der Finanzierung aus, sodass diese mittlerweile einzigartige Klinik mittelfristig wohl geschlossen werden müsse.

Unterdessen würden die Bemühungen zum Verkauf der Klinik fortgesetzt. Einen Käufer für eine Rehabilitationsklinik zu finden sei jedoch nicht einfach. Es meldeten sich auch nicht unbedingt Kaufinteressenten mit anderweitigen Nutzungsabsichten, da das Gebäude auf dem durchaus schönen Grundstück das Ambiente der 60er-Jahre aufweise.

Ihn erreichten viele Briefe von Kriegsopfern, die diese Klinik sehr schätzten und sich für ihren Erhalt einsetzten, so der Minister weiter. Es stelle sich aber die Frage, ob Landeszuschüsse in Millionenhöhe verantwortbar seien. Ungeachtet dessen werde immer sichergestellt, dass diejenigen, die Anspruch auf Kriegsopferheilfe fürsorge hätten, in Kurkliniken Nordrhein-Westfalens aufgenommen würden. In dieser Frage müsse man mit privaten Kliniken zusammenarbeiten.

MDgt Hans Lauf (MAGS) weist ergänzend darauf hin, dass der Bund dem Land Nordrhein-Westfalen schon sehr weit entgegengekommen sei, als er mit ihm gemeinsam die Sollgesamtbelegung herabgesetzt habe, von der das Land 80 % erreichen müsse. Allerdings habe der Bund auch deutlich gemacht, dass mit einem weiteren Entgegenkommen nicht gerechnet werden dürfe. Insoweit bestehe ein Problem. Genaue Zahlen könne er jetzt nicht benennen, so der Redner.

Vorsitzender Günter Garbrecht bittet das Ministerium um schriftliche Ausführungen zu den derzeitigen Bemühungen, zu der Herabsetzung der Sollkapazität und zu dem Zeitpunkt des Wegfalls des Bundeszuschusses.

StS Prof. Dr. Stefan Winter (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) macht deutlich, einen solchen Bericht erst nach Abschluss der Kaufverhandlungen

abgeben zu wollen. Der Ausschuss werde selbstverständlich informiert, sobald diese Verhandlungen abgeschlossen seien und ein Verkauf nicht zustande gekommen sei.

Vorsitzender Günter Garbrecht macht auf die Möglichkeit einer nichtöffentlichen Vorlage aufmerksam.

Eine vertrauliche Information sei sicherlich immer möglich, so **StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS)**.

Ministerium

Kapitel 11 010

(Keine Wortmeldungen)

Allgemeine Bewilligungen u. a.

Kapitel 11 020 – Allgemeine Bewilligungen

(Keine Wortmeldungen)

Kapitel 11 021 – Strukturhilfegesetz

(Keine Wortmeldungen)

Kapitel 11 900 – Versorgung der Beamten des Landes etc.

(Keine Wortmeldungen)

Staatsbad Oeynhausen

Kapitel 11 430

(Keine Wortmeldungen)

Vorsitzender Günter Garbrecht weist abschließend darauf hin, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 7. November 2007 etwaige Änderungsanträge beraten sowie die abschließende Beratung und Abstimmung zum Haushaltsgesetz im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses durchführen werde.